

Posteingang 103  
Datum 30.05.11

# Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

# FDP

- Die Landtagskandidaten -

Die Liberalen

FDP-Landesverband M-V, Goethestr. 87, 19053 Schwerin  
Flüchtlingsrat M-V  
PF 11 02 29

19002 Schwerin

Schwerin, 24. Mai 2011

Sehr geehrte Frau Klamann-Senz,

vielen Dank, für Ihr Schreiben mit den Wahlprüfsteinen vom 15. März. Im Folgenden werde ich gerne auf Ihre acht Punkte zur Integrationspolitik eingehen.

## 1. Verbesserung der Arbeitsstruktur zum Thema Zuwanderung in M-V

*In diesem wichtigen Bereich gilt es die bestehenden Strukturen auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen, zu verbessern und ggf. weiterzuentwickeln. In Mecklenburg-Vorpommern wird die Aufgabe des Integrationsbeauftragten vom Referatsleiter Zuwanderung und Integration im Sozialministerium wahrgenommen. Dieser steht im engen Kontakt mit der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Frau Dr. Böhmer. Auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte könnte, wie es bereits in einigen Landkreisen der Fall ist, die Verantwortlichkeit für das Thema Integration und Zuwanderung auf die Gleichstellungsbeauftragten übertragen werden.*

## 2. Integration von Flüchtlingen ab dem 1. Tag des Aufenthaltes

*Deutschland ist ein Einwanderungsland. Menschen unterschiedlicher Herkunft sind fester Bestandteil einer zukunftsweisenden liberalen Gesellschaft und unserer kulturellen Vielfalt. Jede freiheitliche Gesellschaft beruht auf fundamentalen Gemeinsamkeiten. Hierzu gehören die deutsche Sprache sowie die Akzeptanz der freiheitlich demokratischen Grundordnung und deren Grundwerte. Die Integration von Flüchtlingen beginnt für uns Liberale am 1. Tag des Aufenthaltes. Deshalb wollen wir Flüchtlingen zügig eine Teilnahme an Deutschkursen ermöglichen.*

*Die FDP setzt sich für eine schnellere dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern insbesondere Familien außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften ein, denn eine menschenwürdige Unterbringung der betroffenen Personen ist aus unserer Sicht*

Freie Demokratische Partei    LV Mecklenburg-Vorpommern  
Landesgeschäftsstelle    Goethestr. 87    19053 Schwerin  
Tel.: 0385/562954    Fax: 0385/5574665  
E-Mail: m-v@fdp.de; homepage: www.fdp-mv.de

*unabdingbar. Wir fordern die Schließung der Landesgemeinschaftsunterkunft in Nostorf/Horst, da die dort untergebrachten Flüchtlinge und Asylbewerber teilweise über einen längeren Zeitraum als drei Monate leben müssen. Zudem fordern wir die Verlegung der am gleichen Ort befindlichen Erstaufnahmeeinrichtung in eine Stadt, in welcher Zugang zu Rechtsanwälten, Beratungsstellen, Vereinen u. ä. Angeboten bestehen.*

### 3. Sicherstellung von Beratungsstellen für Flüchtlinge

*Auch hier gilt es die bestehenden Strukturen auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen, zu verbessern und ggf. weiterzuentwickeln. Beratungsstellen für Flüchtlinge müssen dem tatsächlichen Bedarf gerecht werden. Eine verkehrsmäßige Erreichbarkeit zu den Rechtsanwälten, Beratungsstellen und Vereinen sollte zudem gewährleistet sein.*

### 4. Ausweitung der Residenzpflicht auf das ganze Bundesland

*Die Residenzpflicht ist ein erheblicher Eingriff in die persönliche Freiheit und daher prinzipiell ein Fremdkörper in einem liberalen Rechtsstaat. Die Residenzpflicht soll der Sicherung der Durchführung des Asylverfahrens dienen, hat sich in der Vergangenheit aber oft als unpraktikabel erwiesen und unnötige Strafverfahren nach sich gezogen. In der jetzigen Form kann die Residenzpflicht nach Auffassung der FDP keinen Bestand haben. Die Residenzpflicht muss so ausgestaltet werden, dass eine hinreichende Mobilität insbesondere im Hinblick auf eine zugelassene Arbeitsaufnahme möglich ist. Wir setzen uns deshalb auf Landes- und Bundesebene dafür ein, sie auf das gesamte Bundesland Mecklenburg-Vorpommern ausweiten zu können.*

### 5. Sicherstellung der Kommunikation mit Flüchtlingen

*Viele Migranten und Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern haben aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse Probleme mit der Kommunikation, z.B. bei Verwaltungs- und Gesundheitsangelegenheiten. Deshalb befürworten wir die Prüfung und ggf. Einrichtung eines landesweiten Dolmetscherpools durch das zuständige Sozialministerium.*

### 6. Sicherstellung der Erkennung und Behandlung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge

*Die besondere Schutzbedürftigkeit von Flüchtlingen (z.B. mit Kriegstraumata etc.) ist grundsätzlich von unabhängigen Psychologen zu begutachten. Das beinhaltet aber auch, dass zur Wahrung der Unabhängigkeit keine Vollzeitstelle vom Land finanziert wird.*

### 7. Verbesserung der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF)

*Der Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge geht davon aus, dass im Jahr 2010 über 4.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) in Deutschland von Jugendämtern erstversorgt wurden. Der Anteil der UMF steigt damit weiter an. Wir Liberalen setzen uns deshalb für die Verbesserung der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in M-V ein. Dazu gehört u.a., dass wir wie im Bereich*

*deutscher fremduntergebrachter Minderjähriger private Vormünder Amtsvormündern vorziehen.*

## 8. Verbesserung der Situation von Abschiebehäftlingen

*Grundsätzlich beobachtet die FDP die Abschiebepaxis mit großer Aufmerksamkeit und in Teilen auch mit Sorge. Niemand sollte durch eine zu schnelle Abschiebeinhaftierung „kriminalisiert“ werden.*

*Es ist unerlässlich, dass gerade bei Abschiebungen in Krisen- bzw. Kriegsgebiete – wie beispielsweise Afghanistan oder Irak – die einzelnen Fälle besonders sorgfältig geprüft werden. An der Verhängung von Abschiebungshaft als ultima ratio zur Durchsetzung von Ausreisepflichten halten wir aber fest. Es kommt darauf an, dieses Mittel maßvoll und unter strikter Beachtung der Grundrechte anzuwenden. Die FDP in der Bundesregierung möchte gemeinsam mit den Ländern überprüfen, ob – auch im Lichte der Vorgaben der EU-Rückführungsrichtlinie – Anpassungen im praktischen Vollzug von Abschiebung und Abschiebungshaft sinnvoll sind. Der FDP-Landesverband und die Landtagsfraktion unterstützen diese Überprüfung. Aus dem Ergebnis können wir dann weitere notwendige Schritte für Mecklenburg-Vorpommern ableiten.*

Für weitere Fragen und Gespräche stehen wir Ihnen und allen haupt- und ehrenamtlich Engagierten im Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern sehr gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Heldberg  
Programmkommission